

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kommunalwahl steht unmittelbar bevor. Ihr macht vor Ort einen tollen Wahlkampf und das wird sich am 30. August auszahlen! Wir haben gute Chancen, einige Städte und Gemeinden zurückzuerobern und unsere zu „halten“. Zum Beispiel in Köln liegt die SPD in aktuellen Umfragen weit vorn. Und auch in Dortmund wird eine klare Mehrheit für die SPD und ihren OB-Kandidaten prognostiziert. Im ländlichen Raum werden wir einige positive Überraschungen erleben. Ich bin mir sicher: Wenn wir jetzt noch einmal richtig Gas geben, werden wir am Wahlabend allen Grund haben zu feiern.

Frank-Walter Steinmeier hat mit seinem Deutschland-Plan erneut bewiesen, dass die SPD die einzige Partei ist, die dieses Land voranbringen kann. Sein Aktionsprogramm gibt die entscheidenden Antworten auf die Frage, was in Deutschland geschehen muss, um die Krise nachhaltig zu überwinden. Er gibt eine klare Richtung vor, wie nicht nur bestehende Arbeitsplätze gesichert, sondern auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Er macht deutlich: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden uns nicht mit hoher Arbeitslosigkeit ab, das Ziel Vollbeschäftigung verlieren wir nicht aus dem Blick. Wir wollen, dass jede und jeder eine Chance bekommt.

Insbesondere in Nordrhein-Westfalen schlummern noch Potenziale, die von der Landesregierung sträflich vernachlässigt werden. Insbesondere den Fortschrittmotor Klimaschutz würgen CDU und FDP gezielt ab. Das gilt vor allem bei der Windenergie. Ich bin mir sicher: Das Programm von Frank-Walter Steinmeier ist das richtige Rezept, um voran zu kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können kämpfen. Wenn wir uns alle ins Zeug legen, werden wir sehr gute Ergebnisse erzielen. Zuerst bei der Kommunalwahl und dann bei der Bundestagswahl.

Eure Hannelore Kraft



„MEHR LEHRER STATT LEERER VERSPRECHEN, HERR RÜTTGERS“

NRWSPD STARTET PLAKATKAMPAGNE

Mit vollmundigen Versprechen ist die CDU in NRW in den Landtagswahlkampf 2005 gezogen. Angekündigt wurden kleinere Klassen, eine Unterrichtsgarantie und mehr Lehrerstellen. Vier Jahre später ist in Nordrhein-Westfalen jedoch im Bildungsbereich nichts besser, dafür vieles schlechter geworden. Die traurige Bilanz zum Start des neuen Schuljahres: 5.000 fehlende Lehrkräfte, die 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall verursachen, und 11.800 Schulklassen mit 30 und mehr Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen.

Um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, hat die NRWSPD am 11. August 2009 eine Plakatkampagne gestartet. Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD, und Michael Groschek, Gene-

ralsekretär der NRWSPD, enthüllten vor dem Düsseldorfer Landtag das Plakat mit der Forderung „Mehr Lehrer statt leerer Versprechen, Herr Rüttgers“.

„Die Schulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung befindet sich in einer Sackgasse“, erklärt Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD. „Die grossspurigen Versprechen, die Jürgen Rüttgers vor seinem Amtsantritt gemacht hat, sind wie Seifenblasen zerplatzt.“ Leidtragende seien die Schülerinnen und Schüler in NRW. „Mit dieser desolaten Schulpolitik muss endlich Schluss sein“, so Groschek weiter. „Eine handwerklich gute und fachlich fundierte Schulpolitik, die allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen bietet, ist nur mit der SPD möglich.“ ■



KOMMUNALWAHL 2009: MIT DER AUSBEUTUNG DER KOMMUNEN MUSS ENDLICH SCHLUSS SEIN!

Von Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD

Seit ihrem Amtsantritt 2005 hat die Regierung Rüttgers alles dafür getan, um sich als Partei der kommunalen Verantwortungslosigkeit einen Namen zu machen. Trotz tief greifender finanzieller Probleme etlicher Städte und Gemeinden in NRW hat die Landesregierung massiv Mittel gekürzt oder vorenthalten und den Kommunen immer neue Aufgaben aufgebürdet. Die Kürzungen, Mindereinnahmen und Mehrbelastungen belaufen sich von 2005 bis heute auf insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro! Viele Kommunen geraten dadurch in eine bedrohliche finanzielle Abwärtsspirale, aus der sie sich nicht mehr selber befreien können. Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, auf deren Rücken diese Regierungspolitik ausgetragen wird.

2 Milliarden Euro Mehrbelastung durch schwarz-gelb

Erschreckend sind vor allem die Kürzungen von Landesmitteln bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen. In den Jahren 2005 bis 2007 wurden die Ausgaben für frühkindliche Bildung und Betreuung kontinuierlich zurückgefahren. Im Haushalt 2006 kürzte die Landesregierung die Förderung der Betriebs- und Investitionskosten für Kindergärten um 78 Millionen Euro. Weitere Kürzungen gab es u.a. bei den Sachmitteln für die pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten sowie bei Kindertagesstätten mit Angeboten der Familienhilfe.

Eine wichtige Einnahmequelle unserer Kommunen, die Grunderwerbssteueranteile, wurde 2007 ersatzlos aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) gestrichen. Seitdem fehlen jährlich fast 200 Millionen Euro in den kommunalen Kassen NRWs.

Auch das sogenannte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) belastet die kommunalen Haushalte und führt dazu, dass je nach Stadt oder Gemeinde Eltern für die gleiche Betreuungsleistung extrem unterschiedliche Beiträge zahlen müssen. Obwohl es in der Verantwortung der Landesregierung liegt, für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, verschärft sie die Ungleichheiten in einem für die Bürgerinnen und Bürger unerträglichen Maß.

Im Bereich Schule und Weiterbildung macht die Landesregierung ebenfalls vor Kürzungen nicht halt. So wurden die Erstattung für Schülerbeförderung reduziert und die Zuschüsse für die Volkshochschulen gekürzt.

Weitere Mehrbelastungen entstehen für die Kommunen z.B. durch die Absenkung der Steuerverbundsquote und die Verdopplung der Investitionsquote bei städtischen Krankenhäusern. Zudem wurde der Regelfördersatz für den kommunalen Straßenbau kräftig reduziert. Die Landesregierung verweigert eine Beteiligung am sogenannten Sozialticket, mit dem viele Kommunen auch einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern ein Mindestmaß an Mobilität ermöglichen wollen.

54 Regionalstellen „Frau und Beruf“ mussten durch Förderentscheidungen von Schwarz-gelb schließen und auch bei den Frauenhäusern wurden die Mittel stark gekürzt. CDU und FDP haben darüber hinaus das Aus für viele Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen beschlossen.

2009 will die Landesregierung 4,9 Millionen Euro an Mitteln für unabhängige Beratungsstellen streichen. Eine unabhängige Beratung für Arbeitslose ist damit flächendeckend nicht mehr möglich.

Versuch der Privatisierung der Sparkassen

Die Sparkassen bereichern das Leben vor Ort durch ihr Engagement im sozialen, kulturellen, sportlichen und ehrenamtlichen Bereich. Dennoch wollte die schwarz-gelbe Landesregierung den Weg für eine Privatisierung der Sparkassen per Gesetz freimachen. Nur durch den Protest der SPD konnte das vorerst verhindert werden. Nach wie vor weigert sich die CDU/FDP-Landesregierung aber, ein Privatisierungsverbot ins Sparkassengesetz aufzunehmen.

Verkauf der LEG-Wohnungen

Wenig soziales Gewissen hat die schwarz-gelbe Koalition auch beim Verkauf der landeseigenen LEG-Wohnungen an einen privaten Investor bewiesen. Trotz Kaufinteresses zahlreicher Kommunen wurden die 92.000 Woh-

nungen an eine Heuschrecke verkauft, die die Mieten bis an die Obergrenze des Mietspiegels erhöht und Sanierungen zurückfährt. Indem die Mittel für das Wohnungsförderungsprogramm gekürzt wurden, hat die Landesregierung den Bestand an Sozialwohnungen stark reduziert. Dies führt zu steigenden Unterkunfts-kosten, die von den Kommunen getragen werden müssen.

Vernachlässigung der Städte in Finanznot

Mehr als 100 Städte in NRW können schon jetzt ihren Haushalt aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen. Die NRWSPD hat als einzige Partei mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ein Konzept vorgelegt, mit dem notleidende Städte und Gemeinden stark entlastet werden können. Die CDU/FDP-Landesregierung weigert sich aber, solidarische Hilfe durch einen solchen Entschuldungsfond zu bieten.

Diese kommunenfeindliche Politik muss ein Ende haben! Dafür kämpfen wir am 30. August. Wir können NRW besser! ■

DAFÜR STEHT DIE SPD:

- Für die beste Bildung für alle und Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni.
- Für starke kommunale Unternehmen und gegen die Privatisierung. So bleiben die Gebühren für Strom, Wasser und Abfallentsorgung bezahlbar.
- Für bezahlbare Wohnungen für jung und alt. Wir kämpfen gegen den Ausverkauf des sozialen Wohnungsbaus.
- Für Klimaschutz, der Arbeit schafft. Wir wollen kein Zurück zur Atomkraft.
- Für scharfe Kontrollen der Kapitalmärkte.
- Für den Kündigungsschutz und andere Arbeitnehmerrechte auch in der Krise.

JUGEND MACHT POLITIK: DAS KIDS-PROJEKT IN NEUENKIRCHEN

„Politik? Interessiert mich nicht!“ So oder so ähnlich klingt es bei vielen Jugendlichen, wenn man sie nach ihrer politischen Meinung fragt. Der SPD-Ortsverein in Neuenkirchen (Kreis Steinfurt) will das ändern. Seit einigen Jahren engagiert er sich dafür, Jugendliche an die Kommunalpolitik heranzuführen und ihr Interesse für politische Themen zu wecken.

Auf Initiative der SPD-Ratsfraktion gibt es das KidS-Projekt (= Kommunalpolitik in die Schulen), bei dem Schülerinnen und Schüler der neunten und zehnten Jahrgangsstufen Gelegenheit haben, die Politik vor Ort aktiv zu erleben. Mit selbstgegründeten Parteien wie „Die Erleuchteten“, „Die Lilaen“ oder „10-B-Fraktion“ stellen die Jugendlichen einmal im Jahr Sitzungen der Ratsfraktion nach,

diskutieren aktuelle kommunalpolitische Themen und stellen Anträge – ganz wie in der echten Politik.

„Die Idee ist es, den direkten Kontakt von Schülern zur praktischen Arbeit des Rates und der Ausschüsse herzustellen“, so der SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Bürgermeisterkandidat Uwe Fischer. Er war auf ein ähnliches Projekt in Osnabrück gestoßen und hatte es als Ratsmitglied nach Westfalen gebracht.

In diesem Jahr fand das mehrtägige Projekt im März statt. 30 Schülerinnen und Schüler durften daran teilnehmen. Das entspricht der Anzahl der örtlichen Mitglieder und sachkundigen Bürger im echten Rat. Diese haben während des KidS-Projekts die Aufgabe, die Jugendlichen als Mentoren zu begleiten und sie



Drei Teilnehmer des KidS Projektes wurden im Anschluss an das Projekt Mitglied der SPD: 1. von rechts: Pascal Rotthues, 3. von rechts: Matthias Wiegers 4. von rechts: Marcel Elfering. Quelle: Münstersche Zeitung

bei ihrer simulierten Politikertätigkeit zu unterstützen. Wie in den Jahren zuvor ging es auch in diesem Jahr wieder hoch her in den nachgestellten Ratssitzungen. Die Fraktion „Die Erleuchteten“ fasste gleich zu Beginn der KidS-Ratssitzung ein „heißes Eisen“ an, das auch in der Lokalpolitik und im Wahlkampf ein Thema ist: Sie stellten den Antrag zum Bau einer Bürgerhalle und legten auch gleich eine Finanzierungsaufstellung vor. Die Fraktion „Alte Union“ hielt dagegen: Die Kosten sollten lieber in die örtlichen Schulen investiert werden. Da nur fünf Schüler für den Bau stimmten, wurde der Antrag schließlich abgelehnt.

„Es ist toll, zu beobachten, wie sich die Jugendlichen im KidS-Projekt engagieren“, freut sich Uwe Fischer. „Unsere Idee, die Jugendlichen spielerisch an Politik heranzuführen, geht voll auf.“ ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM SEPTEMBER...

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 60 Jahre** Egon Müller
- 50 Jahre** Klaus Christen
Johannes Kelz
Heinz Kutzner
Herbert Mines
Lothar Sawatzki
Manfred Schüler

... ZUM GEBURTSTAG

- 103 Jahre** Ferdinand Wiga
- 100 Jahre** Lina Achatz
Helmut Lewien
- 99 Jahre** Willi Lehmann
- 98 Jahre** Helene Heck
Elli Hesselmann
Hanna Mensendieck
Käthe Werner
- 97 Jahre** Franziska Flisek
Franz Markworth
Erich Prager
Richard Reinstädtler
Mechthilde von Wirth
- 96 Jahre** Margarete Wettklo
- 95 Jahre** Leo Bruderemanns
Margarete Clauß
Luise Feldewert
Luise Glauer
Margarete Horsch
Brunhilde Reincke

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Julia Stöcklein
EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de
INTERNET: www.nrwspd.de/vorwaerts



PORTRAIT: NATURFREUNDE NRW E.V. – EINE IDEE LEBT

Seit über hundert Jahren gibt es die NaturFreunde in Deutschland. Die Idee der NaturFreunde lebt, weil sich die Vereinsmitglieder ehrenamtlich engagieren. Sie sind parteipolitisch und religiös neutral und setzen sich für eine gerechte und soziale Gesellschaft ein. Umwelt- und Naturschutz sowie Wandern mit Gleichgesinnten stehen im Vordergrund der Vereinstätigkeit.

Die NaturFreunde blicken auf eine lange und bewegte Geschichte zurück. Sie sind ein Spross der internationalen Arbeiterbewegung, ihre Entstehung ist eng mit den politischen und sozialen Freiheitskämpfen der Arbeiterklasse verbunden. Handwerksgesellen, die auf der Walz in Österreich und der Schweiz die NaturFreunde kennengelernt hatten, brachten 1905 die Idee mit nach Deutschland. Mit der Machtübernahme durch die NSDAP 1933 wurden die NaturFreunde verboten, Häuser und Vermögen wurden beschlagnahmt. Viele Mitglieder engagierten sich im Widerstand und wurden zu Opfern des faschistischen Regimes. Nach 1945 gründeten sich die ersten Gruppen wieder neu. Politisch aktiv blieben die NaturFreunde weiterhin. Sie engagierten sich bei den Ostermärschen (ab 1962), unterstützten die „Krefelder Erklärung“ (1980) und protestieren gegen das Erstarken der Neonazis.

Im Landesverband NRW e.V., der die Regionen Rheinland und Westfalen umfasst, arbeiten etwa 80 Ortsgruppen. Das Aushängeschild der NaturFreunde NRW sind ihre Naturfreundehäuser. Sie sind Stätten der Begegnung, vermitteln die sozialdemokratischen Werte und stehen allen Personenkreisen offen. Besonders durch ihre sozialen Preise sind sie bei Familien für Ferienaufenthalte beliebt. Viele Naturfreundehäuser bieten auch umweltpädagogische Programme an, einige der 50 Häuser in NRW sind als Bildungseinrichtungen anerkannt. Der Reigen

der Häuser reicht vom Stadtjugendheim über das Selbstversorgerhaus, das Jugendferienheim bis zur Familien-Erholungsstätte. Alle Naturfreundehäuser wurden symbolisch zur „atomwaffenfreien Zone“ erklärt.

Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen, in den Ortsgruppen, im Landesverband oder den Hausvereinen mitzumachen, damit die Idee weiterleben kann.

Mehr Informationen gibt es auf der Internetseite www.naturfreunde-nrw.de. „Berg frei!“ ■

¹Krefelder Erklärung: Rücknahme des Nato Doppelbeschlusses, 11.11.1980

²Der Gruß „Berg frei“ entstand aus der Forderung nach freiem Wegerecht in der Landschaft. Der wurde inzwischen in den meisten Ländern gesetzlich garantiert.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG UND LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER NRWSPD

EINBERUFUNG DES ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAGES DER NRWSPD AM 26./27. FEBRUAR 2010 IN DIE WESTFALENHALLEN DORTMUND

Gemäß § 5 der Landessatzung wird hiermit der ordentliche Landesparteitag der NRWSPD für Samstag, **26. Februar 2010**, in die **Westfalahallen Dortmund, Rheinlanddamm 200, 44139 Dortmund** einberufen.

EINBERUFUNG DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER NRWSPD AM 27. FEBRUAR 2010 IN DIE WESTFALENHALLEN DORTMUND

Gemäß § 8 der Landessatzung wird hiermit die Landesdelegiertenkonferenz der NRWSPD zur Aufstellung der Landesreserveliste für die Landtagswahl am **9. Mai 2010** einberufen. Sie findet ebenfalls am **27. Februar 2010** in den **Westfalahallen Dortmund** statt.